

Musterbrief Antwort an Behörde (inkl. Antrag auf Ruhendstellen) mit Blick auf den Ablauf der gesetzlichen Übergangsfrist zum 31.07.2022

Variante für Bundesländer ohne Widerspruchsverfahren^{1,2}

Sehr geehrte Damen und Herren,

Sie haben uns zur Vorlage eines Nachweises ausreichenden Masernschutzes aufgefordert.

*Für den Fall, dass Gesundheitsamt bereits jetzt den Nachweis angefordert hat:
Wir weisen darauf hin, dass das Masernschutzgesetz in der aktuell gültigen Fassung für Kinder, die am 01.03.2020 bereits in Gemeinschaftseinrichtungen betreut wurden, eine Frist zur Vorlage eines Nachweises bis zum 31.07.2022 gegenüber der Leitung der Gemeinschaftseinrichtung vorsieht (vgl. § 20 Abs. 10 S. 1 IfSG).*

Wir nehmen für uns in Anspruch, diese gesetzliche Frist bis zum 31.07.2022 voll auszu-schöpfen.

Dies auch deshalb, weil wir die angekündigte Entscheidung des Bundesverfassungs-gerichtes über die anhängigen Verfassungsbeschwerden zum Masernschutzgesetz abwarten wollen.

1.

Wir rügen hiermit die **Verfassungswidrigkeit** der maßgeblichen Bestimmungen des Masernschutzgesetzes (hier: § 20 Abs. 8 ff IfSG).

Die Betroffenen werden durch die angefochtenen Maßnahmen des Masernschutzgesetzes in ihren Grundrechten aus Artikel 2 Abs. 2 S. 1 GG (Grundrecht der körperlichen Unversehrtheit der Kinder bzw. betroffene Mitarbeiter), aus dem Grundrecht auf Artikel 6 Abs. 2 GG (Elternrecht) und in dem Grundrecht aus Artikel 3 Abs. 1 Grundgesetz (Gleichbehandlung) verletzt.

Zur Begründung der Verfassungswidrigkeit beziehe ich mich auf das Rechtsgutachten von Prof. Stephan Rixen (Universität Bayreuth) „Verfassungsfragen der Masernimpfpflicht: Ist die Impfpflicht nach dem geplanten Masernschutzgesetz verfassungswidrig?“ (Stand: 11.10.2019).

¹ Z.B. (ohne Gewähr): Baden Württemberg, Bayern, Niedersachsen, NRW,

² Da dieses Schreiben in Bundesländern ohne Widerspruchsverfahren nicht als Widerspruch gewertet werden kann, empfiehlt es sich, ggf. zusätzlich die Notwendigkeit und Sinnhaftigkeit gerichtlichen Eilrechtsschutzes zu prüfen, auch um den Eintritt der Bestandskraft des Grund-Verwaltungsaktes der Behörde zu vermeiden.

Das Rechtsgutachten ist hier abrufbar:

https://impfentscheidung.online/wp-content/uploads/2021/12/Rechtsgutachten_Rixen.pdf

Das Rechtsgutachten behandelt die Frage der Verfassungswidrigkeit zwar auf Basis des Gesetzentwurfes der Bundesregierung zum Masernschutzgesetz. Wesentliche Grundaussagen des Gutachtens treffen jedoch auch auf das Masernschutzgesetz in der Form zu, wie es vom Bundestag beschlossen und wie es in Kraft getreten ist.

2.

Vor dem Bundesverfassungsgericht sind aktuell noch mindestens sechs Verfassungsbeschwerden gegen Bestimmungen des Masernschutzgesetzes anhängig:

1 BvR 469/20
1 BvR 470/20
1 BvR 471/20
1 BvR 472/20
1 BvR 588/20
1 BvR 438/21

Zwar hat das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) die Anträge auf Erlass einer einstweiligen Anordnung zurückgewiesen.

BVerfG, Beschluss vom 11. Mai 2020 – 1 BvR 469/20, 1 BvR 470/20 –,
http://www.bverfg.de/e/rk20200511_1bvr046920.html

Gleichzeitig hatte das BVerfG in diesem Beschluss jedoch auch ausgeführt, dass die Entscheidungen über die Verfassungsbeschwerden weitergehender Prüfungen bedürfen. In dem Beschluss des Bundesverfassungsgerichts heißt es:

*„Die Verfassungsbeschwerde ist zumindest nicht von vornherein unzulässig oder offensichtlich unbegründet. Dies bedarf einer **eingehenden Prüfung**, die im Rahmen eines Eilverfahrens nicht möglich ist.“*

Vier dieser Verfassungsbeschwerden finden sich mittlerweile auf der Website des BVerfG in der "Übersicht für das Jahr 2021" des Ersten Senats mit folgendem Text: (Verfahren Nr. 24 dieser Liste):

"Verfassungsbeschwerden gegen § 20 Absatz 8 Sätze 1 bis 3 in Verbindung mit Absatz 9 Sätze 1 und 6 und Absatz 12 Sätze 1 und 3 sowie in Verbindung mit Absatz 13 Satz 1 des Infektionsschutzgesetzes (IfSG) in der Fassung des Gesetzes für den Schutz vor Masern und zur Stärkung der Impfprävention (Masernschutzgesetz) vom 10. Februar 2020 (BGBl I S. 148), wonach eine Betreuung von Kindern unter anderem in einer Kindertagesstätte nur noch bei Nachweis eines ausreichenden Impfschutzes oder einer Immunität gegen Masern erfolgen darf."

https://www.bundesverfassungsgericht.de/DE/Verfahren/Jahresvorausschau/vs_2021/vorausschau_2021_node.html

Der Vorspann des Bundesverfassungsgerichts zu den Jahresvorschauen lautet:

*"Das Bundesverfassungsgericht gibt jedes Jahr eine **Übersicht wichtiger Verfahren** heraus, **in denen es während des laufenden Jahres eine Entscheidung anstrebt.**"*

Das Bundesverfassungsgericht strebt also eine Entscheidung über diese anhängigen Verfassungsbeschwerden zum Masernschutzgesetz noch im Laufe des Jahres 2021 an.

Mit Blick auf diese absehbare, aber bislang noch ausstehende Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts über die anhängigen Verfassungsbeschwerden gegen das Masernschutzgesetz beantragen wir das

Ruhen des Verfahrens

anzuordnen und von weiteren Verfahrensschritten zunächst abzusehen, um den Ausgang dieser Verfassungsbeschwerden abzuwarten.

Musterbrief Antwort an Behörde (inkl. Antrag auf Ruhendstellen) mit Blick auf den Ablauf der gesetzlichen Übergangsfrist zum 31.07.2022

Variante für Bundesländer mit Widerspruchsverfahren³

Widerspruchsschreiben an die Behörde, die zur Vorlage eines Nachweises ausreichenden Masernschutzes auffordert:

Sehr geehrte Damen und Herren,

Sie haben uns zur Vorlage eines Nachweises ausreichenden Masernschutzes aufgefordert.

Gegen diese Aufforderung legen wir hiermit als sorgeberechtigte Eltern im Namen unseres Kindes wie auch im eigenen Namen als Eltern

Widerspruch

ein.

1.

Wir rügen hiermit die **Verfassungswidrigkeit** der maßgeblichen Bestimmungen des Masernschutzgesetzes (hier: § 20 Abs. 8 ff IfSG).

Die Betroffenen werden durch die angefochtenen Maßnahmen des Masernschutzgesetzes in ihren Grundrechten aus Artikel 2 Abs. 2 S. 1 GG (Grundrecht der körperlichen Unversehrtheit der Kinder bzw. betroffene Mitarbeiter), aus dem Grundrecht auf Artikel 6 Abs. 2 GG (Elternrecht) und in dem Grundrecht aus Artikel 3 Abs. 1 Grundgesetz (Gleichbehandlung) verletzt.

Zur Begründung der Verfassungswidrigkeit beziehe ich mich auf das Rechtsgutachten von Prof. Stephan Rixen (Universität Bayreuth) „Verfassungsfragen der Masernimpfpflicht: Ist die Impfpflicht nach dem geplanten Masernschutzgesetz verfassungswidrig?“ (Stand: 11.10.2019).

Das Rechtsgutachten ist hier abrufbar:

https://impfentscheidung.online/wp-content/uploads/2021/12/Rechtsgutachten_Rixen.pdf

³ z.B. (ohne Gewähr): Sachsen-Anhalt;

Das Rechtsgutachten behandelt die Frage der Verfassungswidrigkeit zwar auf Basis des Gesetzentwurfes der Bundesregierung zum Masernschutzgesetz. Wesentliche Grundaussagen des Gutachtens treffen jedoch auch auf das Masernschutzgesetz in der Form zu, wie es vom Bundestag beschlossen und wie es in Kraft getreten ist.

2.

Vor dem Bundesverfassungsgericht sind aktuell noch mindestens sechs Verfassungsbeschwerden gegen Bestimmungen des Masernschutzgesetzes anhängig:

1 BvR 469/20

1 BvR 470/20

1 BvR 471/20

1 BvR 472/20

1 BvR 588/20

1 BvR 438/21

Zwar hat das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) die Anträge auf Erlass einer einstweiligen Anordnung zurückgewiesen.

BVerfG, Beschluss vom 11. Mai 2020 – 1 BvR 469/20, 1 BvR 470/20 –,
http://www.bverfg.de/e/rk20200511_1bvr046920.html

Gleichzeitig hatte das BVerfG in diesem Beschluss jedoch auch ausgeführt, dass die Entscheidungen über die Verfassungsbeschwerden weitergehender Prüfungen bedürfen. In dem Beschluss des Bundesverfassungsgerichts heißt es:

*„Die Verfassungsbeschwerde ist zumindest nicht von vornherein unzulässig oder offensichtlich unbegründet. Dies bedarf einer **eingehenden Prüfung**, die im Rahmen eines Eilverfahrens nicht möglich ist.“*

Vier dieser Verfassungsbeschwerden finden sich mittlerweile auf der Website des BVerfG in der "Übersicht für das Jahr 2021" des Ersten Senats mit folgendem Text: (Verfahren Nr. 24 dieser Liste):

"Verfassungsbeschwerden gegen § 20 Absatz 8 Sätze 1 bis 3 in Verbindung mit Absatz 9 Sätze 1 und 6 und Absatz 12 Sätze 1 und 3 sowie in Verbindung mit

Absatz 13 Satz 1 des Infektionsschutzgesetzes (IfSG) in der Fassung des Gesetzes für den Schutz vor Masern und zur Stärkung der Impfprävention (Masernschutzgesetz) vom 10. Februar 2020 (BGBl I S. 148), wonach eine Betreuung von Kindern unter anderem in einer Kindertagesstätte nur noch bei Nachweis eines ausreichenden Impfschutzes oder einer Immunität gegen Masern erfolgen darf."

https://www.bundesverfassungsgericht.de/DE/Verfahren/Jahresvorausschau/vs_2021/vorausschau_2021_node.html

Der Vorspann des Bundesverfassungsgerichts zu den Jahresvorschauen lautet:

*"Das Bundesverfassungsgericht gibt jedes Jahr eine **Übersicht wichtiger Verfahren** heraus, **in denen es während des laufenden Jahres eine Entscheidung anstrebt.**"*

Das Bundesverfassungsgericht strebt also eine Entscheidung über diese anhängigen Verfassungsbeschwerden zum Masernschutzgesetz noch im Laufe des Jahres 2021 an.

Mit Blick auf diese absehbare, aber bislang noch ausstehende Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts über die anhängigen Verfassungsbeschwerden gegen das Masernschutzgesetz beantragen wir das

Ruhen des Verfahrens

anzuordnen, um den Ausgang dieser Verfassungsbeschwerden abzuwarten.